

ONLINE-PUBLIKATION

Florian Grams

Kurze Geschichte der Pariser Kommune

**Vor 150 Jahren entstand die erste
Arbeiterrepublik der Welt**

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

FLORIAN GRAMS ist Historiker und Autor des Buchs «Die Pariser Kommune»,
dessen dritte Auflage jüngst beim Papyrossa-Verlag erschienen ist. Er lebt in Hannover.

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 1/2021

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Februar 2021

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

FLORIAN GRAMS

KURZE GESCHICHTE DER PARISER KOMMUNE VOR 150 JAHREN ENTSTAND DIE ERSTE ARBEITERREPUBLIC DER WELT

Wo heute Sacré-Cœur – die Zuckerbäckerkirche auf dem Pariser Montmartre – steht, befand sich lange Zeit ein schmutziges Wohnquartier, in dem Proletarier*innen, Tagelöhner*innen und Prostituierte lebten. Es war aber auch die Heimat derjenigen, die Karl Marx als «Himmelsstürmer» bezeichnete; dort befand sich die Wiege der Pariser Kommune. Vor 150 Jahren waren auf dem höchsten Punkt von Montmartre Geschütze stationiert, die die Bewohner*innen mit Mitteln aus Spendensammlungen erstanden hatten, um sich gegen die preußische Belagerung von Paris zu verteidigen. Der Versuch der französischen Regierung, dem Volk seine Waffen zu nehmen, führte zum Widerstand in den Vierteln der Arbeiter*innen. Die Regierung floh nach Versailles, und Proletarier*innen, Intellektuelle und Tagelöhner*innen standen vor der Aufgabe, das tägliche Leben, die Verteidigung der Stadt und die Grundlagen einer neuen Gesellschaft zu organisieren.

Im Frühjahr 1871 wurde auf diese Weise ein Meilenstein auf dem Weg zur Emanzipation der Menschen erreicht. Die Erfahrungen der Pariser Kommune finden sich in den Zeilen der «Internationale» und gingen ein in die politische Praxis der russischen Bolschewiki. Sie waren Korrektiv und Inspiration, wurden aber auch für die Legitimation staatssozialistischer Herrschaft instrumentalisiert. Um aus den Erfahrungen der Pariser Kommune heute Ansatzpunkte für eine politische Praxis des 21. Jahrhunderts gewinnen zu können, muss man sie kennen und kritisch auf ihre Aktualität befragen. In diesem Sinne gilt es, den Kommunefrauen und Kommuneherren erneut zuzuhören und von ihnen zu lernen.

DIE VORGESCHICHTE DER KOMMUNE

Die Pariser Kommune begann am 18. März 1871, aber ihre Vorgeschichte reicht zurück bis ins Jahr 1848. Damals rollte, ausgehend von Frankreich, innerhalb von nur wenigen Wochen eine Welle demokratischer Revolutionen über Europa; in Wien, Warschau, Rom, Berlin gingen die Menschen auf die Straße.

In Frankreich unterlag die demokratische Revolution bereits nach wenigen Monaten, als im Juni 1848 ein Arbeiteraufstand gegen die Schließung der Nationalwerkstätten blutig niedergeschlagen wurde. Die damaligen Straßenkämpfe legten aber zugleich den Grundstein für eine eigenständige französische Arbeiterbewegung, die unabhängig war von den Parteien der bürgerlichen Mitte – eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung der 72 Tage währenden «Republik der Arbeiter*innen» 1871.

Allerdings setzte sich nach der Niederschlagung des Aufstands zunächst eine Militärdiktatur durch, die dann wenige Monate später durch die Herrschaft Napoleons III. abgelöst wurde. Die Kaiserkrönung des Neffen von Napoleon Bonaparte war daher, wie Karl Marx im «Bürgerkrieg in Frankreich» feststellte, weniger ein Triumph kapitalistischer Hegemonie als vielmehr die Etablierung eines autoritären Regimes zur Niederhaltung der erstarkenden Arbeiterklasse.

Auch östlich des Rheins, im zersplitterten Deutschland, konnten die monarchistischen Kräfte die Revolution niederringen und die Demokratiebewegung besiegen. Deren revolutionäre Forderung nach der nationalen Einheit Deutschlands aber wurde in der Folge «von oben» aufgegriffen und als Projekt der von Preußen geführten Reaktion neu definiert und ausgerichtet.

Die Politik der preußischen Krone zielte sowohl auf den Erhalt der monarchischen Macht als auch auf die Herstellung der deutschen Einheit. Gerade die Einbindung der süddeutschen Länder in den Prozess der Nationalstaatsbildung musste den Widerstand Frankreichs hervorrufen, das kein Interesse an einem geeinten, gestärkten Deutschland haben konnte. Nach den Siegen der von Preußen geführten Truppen in den sogenannten Einigungskriegen rückte der deutsch-französische Interessenkonflikt deshalb in den Mittelpunkt der Politik der beiden Mächte und spitzte sich immer weiter zu. Hier prallten zwei Konkurrenten aufeinander, die zur Wahrung und Ausweitung ihrer Einflusssphären nach innen und nach außen auf einen Krieg zusteuerten. Im Sommer 1870 gelang es dem preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck, durch eine geschickte Verfälschung einer französischen Botschaft («Emser Depesche») die Regierung in Paris zur Kriegserklärung zu bewegen und ihr auf diese Weise die Verantwortung für die Eskalation der Situation zuzuschieben.¹

¹ Vgl. den Podcast «Rosalux History», 2. Folge: Von Bismarck zum Treuhandtechno, September 2020.

Bald darauf begannen im August die ersten Kampfhandlungen des Deutsch-Französischen Krieges mit einem französischen Vorstoß bei Saarbrücken. Bereits wenige Tage später überschritten preußische Truppen den Rhein. Anfang September kam es zur Schlacht bei Sedan, an deren Ende die letzte kampffähige französische Feldarmee mitsamt Napoleon III. in preußische Kriegsgefangenschaft geriet. Diese rasche Niederlage besiegelte das Schicksal des französischen Kaiserreichs, aber sie markierte nicht das Ende des Krieges, da die preußischen Truppen weitermarschierten, um Paris einzunehmen.

In der französischen Hauptstadt war nach der Niederlage von Sedan die Republik ausgerufen worden, die jedoch über keine demokratische Legitimation verfügte. Zwar war das Kaiserreich durch die politischen und militärischen Misserfolge diskreditiert, doch die Republik versäumte es, die Strukturen der Monarchie zu beseitigen. Die Maßnahmen der Regierung bewiesen, schrieb Karl Marx, dass ihre Mitglieder «vom Kaiserreich nicht nur einen Haufen Ruinen geerbt haben, sondern auch seine Furcht vor der Arbeiterklasse».² Der Fortgang der Ereignisse in und um Paris gab ebenfalls wenig Anlass, auf den Aufbau einer freiheitlichen Republik zu hoffen. Anfang Oktober 1870 schloss sich der Belagerungsring um die Metropole, und auch der Versuch, diesen mit Truppen aus der französischen Provinz zu sprengen, scheiterte. Der Außenminister der Republik, Jules Favre, vereinbarte Ende Januar 1871 einen Waffenstillstand mit dem zwischenzeitlich gegründeten und am 18. Januar ausgerechnet im Spiegelsaal von Versailles ausgerufenen Deutschen Reich. Im Waffenstillstandsvertrag wurde festgeschrieben, dass nur eine neu gewählte Nationalversammlung die Legitimation besitze, einen Friedensvertrag zu ratifizieren. Diese trat bereits am 12. Februar in Bordeaux zusammen – also weit entfernt von der noch immer von deutschen Truppen belagerten Hauptstadt – und wählte mit Adolphe Thiers einen Befürworter der konstitutionellen Monarchie zum Ministerpräsidenten. Favre, der Vater des Waffenstillstandes mit Deutschland, blieb Außenminister.

In Paris wurden sowohl die Wahl des Tagungsortes der Nationalversammlung als auch die Zusammensetzung der neuen Regierung als Verrat am monatelangen Verteidigungskampf der Hauptstadt aufgefasst. Nachdem die Preußen Anfang März begonnen hatten, sich aus Paris zurückzuziehen, und die neue französische Regierung sich anschickte, die Nationalgarde in Paris zu entwaffnen, kam es am 18. März 1871 zum Widerstand gegen dieses Vorgehen der Regierung.

«DIE KANONEN DES VOLKES»: DER 18. MÄRZ 1871

Zur Verteidigung von Paris gegen die deutschen Truppen hatte die Regierung Thiers im September 1870 die Nationalgarde reorganisiert und Arbeitslose in ihre Regimenter eingegliedert. Durch diesen Schritt hatte sich das Gesicht der Miliz verändert. Die Nationalgardisten hatten ihre Offiziere abgesetzt, aus ihren Reihen neue Kommandanten gewählt und sich mit dem Zentralkomitee der Nationalgarde auch ein politisches Leitungsgremium geschaffen. Auf diese Weise war in Paris die Grundform einer Volksarmee entstanden und mit ihr eine faktische Doppelherrschaft: auf der einen Seite die französische Regierung und auf der anderen Seite die Nationalgarde.

Am Abend des 17. März fiel im Kreis der Regierung der Beschluss, sich in den Besitz der Geschütze der Nationalgarde zu bringen, um die Macht des Zentralkomitees zu beenden und die eigene Machtbasis zu sichern. Zu diesem Zweck veröffentlichte die Regierung eine Bekanntmachung, in der sie das Zentralkomitee diffamierte und als Gefahr für die junge französische Republik darstellte. Da die Regierung nicht allein auf die Wirkung dieser Bekanntmachung vertrauen wollte, setzte sie am frühen Morgen des 18. März Truppen in Marsch, die die Stellungen der Nationalgarde im Handstreich nehmen und die Geschütze in die Arsenalen der Regierung bringen sollten. Zwischenzeitlich belebten sich jedoch die Wohnviertel, und die Menschen sahen, was auf den Straßen vor sich ging. Ein Zeitzeuge schrieb: «Die Frauen gingen wie in unsern großen Tagen zuerst vor. Die vom 18. März [...] warteten nicht auf ihre Männer. Sie umringten die Mitrailleusen und redeten die Stückführer an: «Das ist eine Schande, was machst du da?» Die Soldaten schwiegen.»³ Nach und nach gelangten auch größere Verbände der Nationalgarde an die Orte des Geschehens. Auf dem Montmartre befahl General Lecomte den Regierungssoldaten, auf die Frauen und Männer zu schießen. Doch die Soldaten verweigerten den Befehl, verbrüderten sich mit den Nationalgardisten und verhafteten den General. Auch an anderen Orten gelang es Mitgliedern der Nationalgarde zusammen mit der Bevölkerung, den Abtransport der Kanonen zu unterbinden. Im Laufe des Vormittags schlug das Volk so den Angriff zurück, konnte fast alle Kanonen sichern und darüber hinaus Tausende Gewehre erbeuten.

2 Marx, Karl: Zweite Adresse des Generalrats über den Deutsch-Französischen Krieg, in: ders./Engels, Friedrich: Werke [MEW], Berlin 1956ff., Bd. 17, S. 277.

3 Lissagaray, Prosper: Geschichte der Commune von 1871 [1876], Frankfurt a. M. 1971, S. 79. Mitrailleusen waren frühe Schnellfeuergeschütze.

Vom Scheitern des Kanonenraubs und von der Entschlossenheit in den Pariser Arbeitervierteln überrascht, beschloss Adolphe Thiers, mit seiner Regierung und den loyalen Regimentern die Stadt Richtung Versailles zu verlassen. Der Abmarsch verlief störungsfrei, weil die Bataillone der Nationalgarde sich in Erwartung eines erneuten Angriffs der Regierungstruppen in ihren Stadtvierteln verbarrikadierten oder einer Konfrontation gezielt aus dem Wege gingen.

Als am Abend die Sonne über Paris unterging, lag die Macht in der französischen Hauptstadt gleichsam auf der Straße. In dieser Situation entschloss sich das Zentralkomitee der Nationalgarde, das Amt einer provisorischen Regierung zu übernehmen. Die meisten Pariserinnen und Pariser erfuhren davon erst am folgenden Morgen, nachdem das Zentralkomitee in das Pariser Stadthaus eingezogen war, dort die rote Fahne gehisst und sich mit seiner ersten Proklamation an die Einwohnerinnen und Einwohner gewandt hatte:

«Ihr habt uns beauftragt, die Verteidigung der Stadt Paris und eurer Rechte zu organisieren. Wir sind uns bewusst, diese Mission erfüllt zu haben. Unterstützt durch euren edlen Mut und eure bewundernswürdige Kaltblütigkeit haben wir diese Regierung, die uns verraten hat, vertrieben. [...] Bereitet also sogleich die Kommunalwahlen vor und führt sie durch, und lasst uns die einzige Belohnung zuteilwerden, die wir uns je gewünscht haben: euch die wahrhafte Republik errichten zu sehen. Unterdessen hüten wir im Namen des Volkes das Stadthaus.»⁴

DIE SOZIALE DEMOKRATIE DER KOMMUNE

Die erste Amtshandlung der provisorischen Regierung war am 19. März 1871 die Veröffentlichung des Aufrufs zur Wahl des Kommune-Rats. Die Revolution vom Vortag habe den Grundstein gelegt für eine französische Republik, die für alle Zeiten die «Ära der Invasionen und des Bürgerkrieges abschließen» werde. Das Zentralkomitee begriff sich als die Kraft, die die Freiheit von Paris verteidigt hatte und nun mit der Wahl des Kommune-Rats ihre Macht wieder an die Bewohnerinnen und Bewohner zurückgeben wollte.

Bereits am 26. März fanden die Wahlen statt, nur zwei Tage später konstituierte sich die Pariser Kommune. Aufgrund der notwendigen Eile bei der Wahlvorbereitung hatte man in diesen ersten Tagen der Kommune kaum über politische Programme diskutiert. Deshalb sei, so der Zeitgenosse Prosper Lissagaray, in erster Linie über Namen abgestimmt worden, was eine bunte Mischung von Jakobinern, Sozialisten, Anarchisten, Romantikern und Vertretern der bürgerlichen Opposition gegen Napoleon III. in den Rat der Kommune brachte. Auf diese Weise waren in der Kommune sowohl Kräfte wirksam, die ihre politische Inspiration aus den Konzepten der bürgerlichen Französischen Revolution von 1789 bezogen, als auch Frühsozialist*innen, Anarchist*innen und Marxist*innen. Die politischen Positionen spiegelten also die Erfahrungen der Klassenauseinandersetzungen eines knappen Jahrhunderts wider.⁵

Wegen der zunehmenden Feindseligkeiten aus Versailles und den immer deutlicher formulierten Forderungen aus den Arbeitervierteln legten jedoch bereits in der ersten Ratssitzung 16 Mitglieder ihr Mandat nieder, weil sie nicht bereit waren, in einem Gremium zu arbeiten, das mehr leisten wollte als die Arbeit eines Stadtrates. Dieser Rückzug und die Nachwahl zum Kommune-Rat vom 16. April stärkten die sozialistische Perspektive der Kommune. Dennoch agierten im Kommune-Rat auch weiterhin Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen mit- und bisweilen auch nebeneinander. Aus diesem Grund blieben viele Positionen und Maßnahmen der Kommune vage.

Zugleich war das Zusammenwirken an der gemeinsamen Verteidigung der neu geschaffenen Ordnung in Paris eine Stärke der Kommune. Eine Würdigung des Kommune-Rats darf dabei die begrenzte Zeit nicht übersehen, die seinen Mitgliedern für die politische Arbeit in den knapp zwei Monaten seines Bestehens, vom 28. März bis zum 25. Mai, zur Verfügung stand. Ab dem 2. April eröffneten die Truppen aus Versailles eine Offensive gegen die Stadt und zwangen der Pariser Kommune den Krieg auf. Trotz dieser Bedrängnis und Zeitnot schaffte es der Kommune-Rat, wichtige Dekrete zu erlassen, die auf eine grundlegende soziale Veränderung der Gesellschaft abzielten. Herauszuheben sind hier folgende Maßnahmen:

- Erlass der Mieten von Oktober 1870 bis April 1871;
- Einstellung des Verkaufs verpfändeter Gegenstände;
- Abschaffung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch allgemeine Volksbewaffnung;
- unentgeltliche Schulbildung;
- Entlohnung der Beamten zu einem durchschnittlichen Arbeiterlohn;

4 Proklamation des Zentralkomitees der Nationalgarde vom 19. März 1871, zit. nach: Swoboda, Helmut (Hrsg.): Die Pariser Kommune 1871, München 1971, S. 56.

5 Vgl. ausführlich hierzu Grams, Florian: Die Pariser Kommune – Basiswissen, 3. Aufl., Köln 2021, S. 45 ff.

- Übergabe der von den Besitzern verlassenen Fabriken an Arbeitergenossenschaften;
- Beschlagnahme und Verteilung leer stehender Wohnungen;
- Verbot von Geldstrafen und Abzügen bei Löhnen und Gehältern;
- Verbot der Nachtarbeit der Bäckergesellen;
- Fixierung des Brotpreises.

Diese Maßnahmen waren in erster Linie Reaktionen auf die Lebenssituation in Paris. Zugleich wiesen sie aber auch die Richtung für den Aufbau einer sozialen Republik, die von Arbeiter*innen und Handwerker*innen getragen sein und deren Lebensinteressen Ausdruck verleihen sollte.

Revolutionär waren darüber hinaus vor allem die Beschlüsse zur Schaffung demokratischer Strukturen in der Stadt. Zu ihnen gehörten die Begrenzung der Löhne von Abgeordneten und Beamten und die jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit der Amtsträger (imperatives Mandat). Unter den besonderen Bedingungen von Krieg und Belagerung konnten sämtliche Maßnahmen der Kommune freilich kaum mehr sein «als Stückwerk oder Verheißung für die Zukunft».⁶ Zugleich machten sie aber deutlich, wie ein basisdemokratisches Gemeinwesen zu organisieren ist, in dem möglichst viele Menschen an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen teilhaben können. Insofern war die wichtigste konkrete Maßnahme der Pariser Kommune ihr eigenes, arbeitendes Dasein.

DIE FRAUEN DER KOMMUNE

Maßgeblich für die politische Praxis waren die politischen Clubs, die Stadtteilkomitees und die Bataillone der Nationalgarde, die Einfluss auf die Arbeit des Kommune-Rats nahmen⁷ – aber auch die Organisationen der Pariser Frauen, die sich aktiv in der Gestaltung und Verteidigung der Kommune engagierten und für ihre gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben stritten.

Die berühmte Kommunardin Louise Michel schilderte in ihren Memoiren die Tage der Kommune. Ihr Text ist dabei auch ein Lob auf die Frau der Kommune, von der sie schrieb, dass sie «eher als der Mann imstande [ist], zu sagen, es muss sein. Mag sie sich auch bis ins Innere zerrissen fühlen, sie bleibt gelassen. Ohne Hass, ohne Zorn, ohne Mitleid weder mit sich, noch mit anderen, es muss sein, ob das Herz blute oder nicht. So waren die Frauen der Kommune ...»⁸ Louise Michel war daher überzeugt, dass die Gegner*innen der Kommune weit weniger Schwierigkeiten bei der Eroberung von Paris bekommen hätten, wenn die Kommune unter Frauen so viele Feinde gehabt hätte wie unter Männern.

Diese Überzeugung der Kommunardin verweist auf die Entschlossenheit der aktiven Frauen in Paris, die bei der Gestaltung des Alltags und des Kampfes um die Kommune eine wichtige Rolle spielten. Ein Grund hierfür war, dass die Organisation von Lebensmitteln und Brennmaterial – die für gewöhnlich den Frauen oblag – einen enormen Stellenwert für das Leben während der preußischen Belagerung besaß. In diesem Zusammenhang entstanden Netzwerke von Frauen in den Stadtteilen, die zur Basis ihrer Politisierung wurden. Anders ausgedrückt: Die Frauen waren unmittelbar betroffen von den Härten des Krieges, aber auch Nutznießerinnen der Dekrete der Kommune. Ihre Parteinahme folgte daher weniger abstrakt-theoretischen Erwägungen als konkreten Interessen.

Dabei machten sich insbesondere die Frauen vom Montmartre einen Namen, weil sie Vorträge zu frauenpolitischen Themen vorbereiteten und diese auf Veranstaltungen politischer Clubs hielten. Zur gleichen Zeit widmeten sie sich den praktischen Notwendigkeiten des Lebens und der Verteidigung der Kommune. Sie verhehlten indes auch nicht ihre Kritik an Entscheidungen der Kommune. So stieß etwa der Befehl des Oberkommandierenden der Nationalgarde, Frauen den Zutritt zu den Schlachtfeldern – als Kämpferinnen wie als Sanitäterinnen – zu verwehren, auf den entschlossenen Widerspruch von Frauen. Sie erkannten darin eine Diskriminierung, eine Verletzung der Prinzipien der Kommune und daher auch eine Gefährdung der Kommune selbst.⁹

Unabhängig davon, wie sie sich in bestimmten Auseinandersetzungen positionierten: Innerhalb der Kommune stritten Frauen für die Umsetzung eines solidarischen und geschlechtergerechten Zusammenlebens (nicht nur) in Paris. Für dieses Ziel diskutierten, kämpften und starben Frauen in den Reihen der Kommune. Ihr Einsatz erschreckte in erster Linie die Vertreter der alten Ordnung, die keine Anstrengung scheuten, die Kämpferinnen der Kommune als Mannsweiber oder Dämoninnen zu diffamieren. Doch auch etlichen Kommunarden waren die selbstbewussten Frauen unheimlich, weil sie durch ihr Tun an der gesellschaftlichen Rollenteilung – die sich nicht zuletzt darin ausdrückte, dass den Frauen bei der Kommune-Wahl das Wahlrecht vorenthalten blieb – rüt-

⁶ Haupt, Heinz-Gerhard/Hausen, Karin: Die Pariser Kommune – Erfolg und Scheitern einer Revolution, Frankfurt a. M. 1979, S. 172.

⁷ Vgl. Hartmann, Detlef/Wimmer, Christopher: Die Kommunen vor der Kommune 1870/71, Hamburg 2021, S. 121.

⁸ Michel, Louise: Memoiren – Erinnerungen einer Kommunardin, Münster 2017, S. 135 f.

⁹ Vgl. Schrupp, Antje: Nicht Marxistin und auch nicht Anarchistin – Frauen in der Ersten Internationale, Frankfurt a. M. 1999, S. 177.

telten. Das Auftreten und Handeln der Frauen in der Pariser Kommune markierte insofern eine wichtige Etappe des Kampfes um die emanzipatorische Gestaltung des Geschlechterverhältnisses: Hatten die Kommunarden zu begreifen, dass die Frauen Genossinnen im gemeinsamen Kampf waren, so mussten die Frauen ihrerseits lernen, sich von althergebrachten Rollenbildern zu befreien.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Pariser Kommune ein Abbild der unterschiedlichen Strömungen innerhalb der republikanischen Bewegung Frankreichs war. In ihr stellte die sozialistische Arbeiterbewegung eine wichtige, aber nicht die größte Gruppe. Die stärkste Gruppe im Rat der Kommune bestand aus Männern, die sich in der Tradition der radikalen Kräfte der Französischen Revolution sahen. Es brachen daher immer wieder Auseinandersetzungen auf, die aufgrund der Dringlichkeit der in Paris anstehenden Entscheidungen mit enormer Heftigkeit geführt wurden. Dabei kann man es aber durchaus als Stärke der Kommune begreifen, die Konflikte zu keinem Zeitpunkt so weit getrieben zu haben, dass die Kommunardinnen und Kommunarden das gemeinsame Ziel aus den Augen verloren hätten:¹⁰ die Errichtung einer sozialen und demokratischen Republik. Auf der Grundlage dieser fundamentalen Gemeinsamkeit der revolutionären Kräfte in Paris konnten überkommene politische Konzepte an der gesellschaftlichen Realität geprüft und wenn nötig überwunden werden, während neue politische Formen entstanden, die einen Rahmen bilden können für die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft.

DER UNTERGANG DER KOMMUNE

Nachdem die Versailler Truppen am 2. April 1871 die Offensive gegen Paris begonnen hatten, musste sich die Kommune täglich des Ansturms immer neuer militärischer Verbände erwehren, die aus der französischen Provinz und nicht zuletzt aus der deutschen Kriegsgefangenschaft nach Paris geführt wurden. Immer wieder wechselte nach heftigen Kämpfen die Herrschaft über Dörfer, Häuser und Befestigungsanlagen um Paris. Am 21. Mai jedoch gelang den Versailler Truppen dann der entscheidende Vorstoß auf Paris. Nach wochenlangem schwerem Artilleriebeschuss waren die Befestigungsanlagen der Stadt nicht mehr besetzt, und die Feinde der Kommune stießen beim Vordringen in die Stadt dort auf keinen Widerstand mehr. In der Folge verbarrikadierten sich die Kämpfenden der Kommune in ihren Quartieren, wo sie dem Vormarsch der Versailler erbitterten Widerstand leisteten. Zwar entsprach dieser Schritt dem Bedürfnis der meisten Nationalgardisten, das eigene Viertel und die eigene Familie vor dem Feind zu beschützen, doch fehlte der Kommune dadurch die koordinierende Leitung.

In den folgenden sieben Tagen eroberten die Versailler Truppen Paris gegen erbitterten Widerstand der Menschen in den Stadtteilen Straße für Straße und Barrikade für Barrikade. Wo immer eine Stellung der Kommune fiel, traten Erschießungskommandos aus Versailles in Aktion, die nahezu alle überlebenden Verteidigerinnen und Verteidiger unverzüglich hinrichteten. Der Kommunarde Prosper Lissagaray beschrieb das Handeln der siegreichen Armee als furchtbares Gemetzel, das in nur wenigen Stunden jenes der berühmten Bartholomäus-Nacht übertroffen habe. Nach einer Woche des Kampfes wurde am 28. Mai gegen zehn Uhr der letzte Kanonenschuss der Kommune abgefeuert. «Das doppelt geladene Geschütz stößt mit erschütterndem Krachen den letzten Seufzer der Commune von Paris aus. Die letzte Barrikade der Maitage ist in der Rue Ramponneau, die eine Viertelstunde lang von einem einzigen Föderierten verteidigt wird. [...] Um 11 Uhr war alles aus.»¹¹ Am 29. Mai erklärte Adolphe Thiers, die Ordnung in Paris sei wiederhergestellt. Doch mit der Niederlage des Widerstands endete noch nicht das Morden in der Stadt; bis Mitte Juni waren Hinrichtungen der Besiegten an der Tagesordnung. Der Augenzeuge Lissagaray schilderte, wie die wohlhabenden Pariserinnen und Pariser zur gleichen Zeit «ihre» Stadt wieder in Besitz nahmen:

«Seit Donnerstag lief dieser behandschuhte, in Seide gehüllte Pöbel den Gefangenen nach, jauchzte den Gendarmen zu, welche die Züge führten, und jubelte beim Anblick der blutigen Möbelwagen. Die Philister wetteiferten mit dem Militär an Ausgelassenheit. [...] Ausgelassene, elegante «Damen» machten sich ein Vergnügen daraus, die Leichen zu betrachten, und hoben mit ihren Sonnenschirmen die letzte Bekleidung der tapferen Toten auf, um sich daran zu ergötzen.»¹²

Die genaue Zahl der Opfer dieser Tage ist unbekannt, weil die meisten Getöteten auf der Stelle verscharrt oder verbrannt wurden. Fest steht jedoch, dass allein in der blutigen Maiwoche nicht weniger als 30.000 Kommunardinnen und Kommunarden getötet oder ermordet wurden.

¹⁰ Vgl. Erklärung der Minorität des Kommune-Rats vom 15. Mai 1871, zit. nach: Swoboda: Die Pariser Kommune, S. 243.

¹¹ Lissagaray: Geschichte der Commune, S. 358 f.

¹² Ebd., S. 361 f.

Zur Abrechnung des französischen Staates mit der Pariser Kommune gehörte auch, dass nach dem Ende der Massenerschießungen mehr als 9.000 Kommunardinnen und Kommunarden zu Gefängnis oder Verbannung verurteilt wurden. In den Festungen an der französischen Atlantikküste, vor allem aber in den – als «trockene Guillotine» bekannten – Häftlingskolonien in Neukaledonien starben nochmals zahlreiche Kämpferinnen und Kämpfer der Kommune, bevor sie im Jahr 1880 aufgrund einer Amnestie in ihre Heimat zurückkehren konnten. Die Amnestie war keine Rehabilitation, das heißt, die Urteile selbst wurden keineswegs aufgehoben. Sie behielten ihre juristische Gültigkeit; den Initiativen zur Aufhebung der Urteile haben die französischen Behörden sich bis heute beharrlich verweigert. Die Kommunardinnen und Kommunarden gelten daher noch immer als politische Straftäter*innen. Es liegt auf der Hand, dass damit in erster Linie die Legitimität der Pariser Kommune bestritten werden soll. Insofern trifft auch das Bild weiterhin zu, das die deutsche Zeitschrift *Der Sozialdemokrat* 1881 zum zehnten Jahrestag der Niederschlagung der Kommune gemalt hat – ein Blutmeer, das zwei Welten voneinander trennt: hier die Kämpfenden für eine andere, bessere Welt, dort diejenigen, die an der alten Ordnung festhalten.¹³

ZUR ANHALTENDEN AKTUALITÄT DER KOMMUNE

Noch während in Paris die Kämpfe zur Verteidigung der Kommune tobten, versicherte August Bebel den Kämpfenden der Pariser Kommune die Solidarität der revolutionären deutschen Sozialdemokratie. Er erklärte im Reichstag, dass in diesen Tagen «das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt», auf Paris sehe. Bebel ließ keinen Zweifel an seiner Haltung zur Pariser Kommune und verlieh seiner Überzeugung Ausdruck, dass «die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht und dass, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtenruf des Pariser Proletariats «Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange!» der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird».¹⁴ Einen vergleichbaren Widerhall fand die Kommune damals vielerorts in Europa.

Doch als sich die Sozialdemokratie schrittweise von ihren revolutionären Wurzeln entfernte, geriet auch ihr Gedenken an die Kommune in den Hintergrund. In der sich auf die Oktoberrevolution in Russland beziehenden kommunistischen Bewegung hingegen wurde die Pariser Kommune als Teil der eigenen Tradition betrachtet und die Erinnerung an sie wachgehalten. Lenin selbst soll am 73. Tag der Revolution im Schnee getanzt haben, weil die Dauer der bolschewistischen Regierung damit jene der Kommune übertroffen hatte. Aber mit der Oktoberrevolution betrat zugleich ein neues und scheinbar erfolgreicherer Sozialismusmodell die Bühne der Weltgeschichte, wodurch sich für Kommunistinnen und Kommunisten der Fokus von der Kommune auf den Roten Oktober verschob.

Nach dem Ende des Staatssozialismus in Europa waren dann alle Versuche, die kapitalistischen Verhältnisse revolutionär zu überwinden, nachhaltig diskreditiert. Eine historische Lehre, die die kommunistischen Parteien aus den Erfahrungen der Kommune gezogen hatten, war, die Machtfrage nicht zu unterschätzen, wie dies die Kommunard*innen getan hatten. Sie begingen nun den umgekehrten Fehler, indem sie sich ganz auf den Machterhalt konzentrierten.

Wenn heute ein erneuter Anlauf zum Sozialismus unternommen werden soll, dann bedarf es – das belegt das Scheitern des sowjetischen Modells eindringlich – unbedingt der demokratischen Teilhabe der Menschen. Demokratische Gestaltung und Kontrolle werden jedoch nur dann erfolgreich sein können, wenn es gelingt, die Legitimität der jeweiligen Entscheidung an basisdemokratische Prozesse zu binden. An dieser Stelle sei an das Beispiel des imperativen Mandats erinnert, das die Kommunardinnen und Kommunarden des Jahres 1871 praktizierten.¹⁵ Auf der gemeinsamen Suche nach Wegen zu einer solidarischen und sozialistischen Gesellschaft ist und bleibt die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der Pariser Kommunard*innen daher dringend geboten. Denn ihr Programm, eine «demokratische und soziale Republik» zu begründen, harrt nach wie vor seiner Verwirklichung.

13 Vgl. Gedenktage des Proletariats: Die blutige Maiwoche, in: *Der Sozialdemokrat* – Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie, Nr. 21 vom 22. Mai 1881, S. 1.

14 Bebel, August: Die Pariser Kommune – Vorpostengefecht des europäischen Proletariats: Aus der Rede im Deutschen Reichstag gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen 25. Mai 1871, in: ders.: *Ausgewählte Reden und Schriften*, Bd. 1: 1863–1878, Berlin 1970, S. 150.

15 Vgl. Sohn, Manfred: *Der dritte Anlauf – Alle Macht den Räten*, Köln 2012, S. 110.